



Presseschau vom 06.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondenT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondenT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Wegen ethnischer Spannungen: Ungarn fordert OSZE-Mission für Westukraine.

Das ungarische Außenministerium hat den Angriff auf die Zentrale der Partei „Gesellschaft der ungarischen Kultur von Transkarpatien“ in der ukrainischen Stadt Uschgorod verurteilt und OSZE-Beobachter im westukrainischen Gebiet Transkarpatien gefordert. Dies geht aus einer Mitteilung auf der Webseite der Behörde hervor.

„Wir erwarten, dass die ukrainischen Behörden die Täter so schnell wie möglich finden und herausbekommen werden, wovon sie motiviert wurden. Wir erwarten, dass die ukrainischen Behörden die Sicherheit der Ungarn in Transkarpatien garantieren“, heißt es in der Mitteilung. Die jüngsten Ereignisse in Uschgorod würden die Rechtmäßigkeit der ungarischen Initiative bestätigen, der zufolge die Präsenz von OSZE-Beobachtern nicht nur in der Ost-, sondern auch in der West-Ukraine notwendig sei.

Am Sonntag hatte der TV-Sender „112 Ukraine“ berichtet, dass Unbekannte einen Molotow-Cocktail auf das Gebäude des Vereins der Ungarn von Transkarpatien in Uschgorod geworfen haben.

Die Spannungen im ukrainisch-ungarischen Verhältnis waren vor dem Hintergrund der Debatte über das neue ukrainische Bildungsgesetz entstanden, das die Bildungsmöglichkeiten in der Muttersprache wesentlich einschränkt. Das Gesetz trat Ende September 2017 in Kraft. Klassen mit Unterricht in den Sprachen der nationalen Minderheiten bleiben nur bis 2020 in der Grundschule. Danach soll in allen Schulen nur in ukrainischer Sprache unterrichtet werden.

In diesem Zusammenhang verwiesen die Regierungen von Ungarn und Rumänien darauf, dass das Gesetz gegen die Rechte der nationalen Minderheiten verstoße. Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó versprach, die Revidierung der EU-Assoziierung mit der Ukraine anzuregen.

Vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Logwinowo und Kalinowo**. Geschossen wurde mit 122mm-Artillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schützenpanzerwaffen.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte neunmal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **sechs Ortschaften** der Republik mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: „Generale sind stupide“: Israelischer Offizier über ukrainische Armee
Der israelische Offizier Viktor Werzner, der seit 2014 als Freiwilliger in der ukrainischen Armee tätig ist, hat auf Facebook zwei „Syndrome“ genannt, unter welchen seiner Ansicht nach das ukrainische Militärkommando leidet: „Wir wissen ja alles“ und die „stärkste Armee in Europa“.

„Die Generale benehmen sich oft stupide“, schrieb er. In der Armee herrscht ihm zufolge Vetternwirtschaft, Selbstdarstellung und Korruption.

Zum Beweis seiner Behauptung führte Werzner mehrere Beispiele an.

So sollen die Generale in einem Regiment, in dem er sich neben anderen Freiwilligen, Beamten und einem US-Militärattaché aufgehalten hatte, Nachrichtenhelferinnen gezwungen haben, das traditionelle ukrainische Hemd mit dem Wyschywanka-Stickmuster zu tragen und Imbisse anzubieten.

Zudem habe bei Stabsübungen ein jeder ukrainische Offizier einen Zettel mit dem schrittweisen Algorithmus für seine Handlungen bekommen.

Abschließend soll der israelische Offizier an das oberste Kommando der ukrainischen Armee appelliert haben, „zur Vernunft zu kommen und kein Fahrrad mit quadratischen Rädern zu erfinden“.

Das Posting des israelischen Majors über den jetzigen Zustand der ukrainischen Armee soll unter den ukrainischen Usern eine breite öffentliche Resonanz ausgelöst haben.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 9. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dokutschajewsk, Werchnetorezkoje nishneje, Kominternowo, Desershinskoje, der Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Donezk (Abakumowa-Bergwerk).**

In Folge des Beschusses von Dokutschajewsk von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden

das Fundament und eine Wand in der 4. Etage eines Hauses sowie ein Fahrzeug vom Typ WAS 2106 beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 440. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 667.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Schwarzes Meer wimmelt von Nato-Kriegsschiffen.

Die Nato-Marineverbände Standing NATO Maritime Group 2 (SNMG2) und Standing NATO Mine Counter Measures Group 2 (SNMCMG2) haben sich nach dem Abschluss ihres Besuchs in den rumänischen Hafen Constanta zu Übungen im Schwarzen Meer begeben, schreibt die Zeitung „Nesawissimaja Gaseta“ am Dienstag.

Zur Standing NATO Maritime Group 2 gehören der britische Raketenzerstörer „Duncan“, die türkische Fregatte „Gaziantep“ und die rumänische Fregatte „Regele Ferdinand“. Sie werden bis zum 17. Februar Operationen zur Marineüberwachung und andere Aufgaben in nationalen und internationalen Gewässern im Schwarzen Meer erfüllen, berichtete das Allied Maritime Command (MARCOM).

Die Standing NATO Mine Counter Measures Group 2 besteht aus dem britischen Aufklärungsschiff „Enterprise“, dem türkischen Minenräumboot „Akay“ und dem rumänischen Minenräumboot „Lupu Dinescu“, die bis zum 13. Februar „verschiedene Maßnahmen zur Beobachtung der Schifffahrt im Schwarzen Meer durchführen werden“.

Damit befinden sich im Schwarzen Meer gleichzeitig sechs Nato-Schiffe. Die Aufenthaltsdauer der Schiffe von Nicht-Anrainern in diesem Meer ist laut dem Vertrag von Montreux auf 21 Tage beschränkt.

Nach Angaben der Allianz sind die Manöver auf die Verbesserung des Zusammenwirkens zwischen Schiffen der Nato, die sich unter einem einheitlichen Kommando der ständigen Gruppen befinden, gerichtet. An den Manövern sollen außerdem zwei rumänische MiG-21-Flugzeuge teilnehmen. Nach der Erfüllung der gestellten Aufgaben werden die Schiffe der beiden Nato-Marineverbände das Schwarze Meer nicht verlassen, sondern in den bulgarischen Hafenstädten Burgas und Warna Halt machen sowie an gemeinsamen Übungen mit den Seestreitkräften Bulgariens und der Türkei teilnehmen.

Anfang Januar traf der US-Raketenzerstörer „Carney“, der mit einem Aegis-Raketenabwehrsystem ausgerüstet ist, als erstes Schiff in diesem Jahr im Schwarzen Meer ein. An Bord befinden sich neben Abfangraketen Standard-2 auch 56 Marschflugkörper Tomahawk. Der britische Zerstörer „Duncan“ war im Juli des vergangenen Jahres zusammen mit dem Raketenkreuzer „Hue City“ und dem Zerstörer „Carney“ zuletzt im Schwarzen Meer gewesen. Während des Aufenthalts in der Region besuchte der Zerstörer „Duncan“ die ukrainische Hafenstadt Odessa.

Nach dem Ausbruch der Krise im Osten der Ukraine schauen im Schwarzen Meer regelmäßig Kriegsschiffe der USA und anderer Nicht-Schwarzmeerstaaten der Nato vorbei. Zudem sind vor der Küste der Krim regelmäßig Aufklärungsflugzeuge der Nato zu sehen. Nach den jüngsten Vorfällen um die angeblich gefährliche Annäherung von russischen Kampffjets an Spähflugzeuge schlug Russland der Allianz vor, diese Flüge zu stoppen. Dieser Vorschlag wurde natürlich kategorisch abgelehnt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31941/12/319411211.jpg>

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat einen Erlass über die **Verlängerung des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Donbass** im Jahr 2018 unterzeichnet. Der entsprechende Wortlaut wurde auf der offiziellen Seite der Republik veröffentlicht.

„Unter Berücksichtigung der sozialen, kulturellen, ökonomischen und beruflichen Verbindungen, die das Volk des Donbass verbinden, bestätige ich für das Jahr 2018 das humanitäre Programm zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass, um diese Verbindungen zu aufrecht zu erhalten und zu stärken sowie den Einwohnern der DVR, die sich auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium befinden, die notwendige soziale Unterstützung zu leisten“, heißt es in dem Erlass.

Gemäß dem Dokument liegt die Koordination der Realisierung des humanitären Programms bei der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa. Die Kontrolle über die Durchführung des Erlasses liegt beim stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der Republik Dmitrij Trapesnikow.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Erstmals in der Geschichte: Russische Bürger in den USA vereidigt. In der russischen Botschaft in den USA hat erstmals eine Vereidigungszeremonie für Bewerber um die russische Staatsbürgerschaft stattgefunden.

Wie aus einer Mitteilung der diplomatischen Mission auf Facebook hervorgeht, haben der Botschaftsrat der Mission, Denis Gontschar, sowie Mitarbeiter des Konsulats der Zeremonie beigewohnt.

Im Juli 2017 hatte Russlands Präsident Wladimir Putin vorgeschlagen, im Land die Eidespflicht für diejenigen einzuführen, die sich um die Zuerkennung der russischen Staatsbürgerschaft bewerben.

Putin betonte, dass auf diese Weise ein Mensch seinen Entschluss, russischer Staatsbürger zu werden und die Gesetze und Traditionen des Staates zu respektieren, bestätigen würde.

Den diesbezüglichen Erlass hatte Putin bereits im Oktober signiert.

<https://www.facebook.com/RusEmbUSA/videos/740136746196718/>

lug-info.com: „In der Nacht vom 5. auf den 6. Februar 2018 haben die ukrainischen Strafruppen das Feuer auf **Prischib** im Slawjanoserbskij-Bezirk eröffnet. Während des nächtlichen Beschusses wurden zwei private Häuser in der Zentralnaja-Straße 163 und 165 beschädigt“, teilte der Assistent des Generalstaatsanwalts zur Zusammenarbeit mit den Medien Dawid Kaz mit.

„Vor Ort sind Ermittler, um die Vorfälle festzuhalten. Die Einzelheiten werden noch ermittelt“, fügte er hinzu.

Ria.ru: Das Parlament der Ukraine hat sich am Dienstag geweigert, den Antrag auf Rücknahme des Gesetzes über die Reintegration, in dem die RF als Aggressor bezeichnet wird, zu behandeln.

Die Aufhebung des Dokuments unterstützten nur 37 Parlamentarier, 226 Stimmen wären notwendig gewesen.

Die Rada hatte am 18. Januar das Gesetz über die Reintegration des Donbass angenommen, es muss noch vom Präsidenten der Ukraine unterzeichnet werden. Abgeordnete der Fraktion „Oppositionsblock“ hatten eine Entschließung über die Aufhebung dieses Gesetzes eingebracht. Gemäß dem Reglement konnte der Sprecher des Parlaments das Gesetz nicht an den Präsidenten zur Unterzeichnung weiterleiten, solange die Rada nicht die Entschließung behandelt hat.

de.sputniknews.com: Streit mit Polen: Kiew zieht Rachepläne in Betracht.

In Kiew beginnt heute die neue Tagung der Werchowna Rada (Parlament). Im Mittelpunkt der ersten Plenarsitzung werden die Beziehungen mit Polen stehen, die sich zuletzt sehr angespannt haben, schreibt die Zeitung „Rossijskaja Gaseta“ am Dienstag.

Das polnische Parlament hatte unlängst ein neues Gesetz verabschiedet, dem zufolge die Unterstützung der in der Ukraine geltenden historischen Doktrin strafrechtlich zu verurteilen ist, wovon nicht nur einfache Anhänger Stepan Banderas, sondern auch viele ukrainische Abgeordnete betroffen sein könnten.

Nach der gestrigen Sitzung des Schlichtungsrates der Fraktionen kündigte der Parlamentsvorsitzende Andrej Parubi die Verabschiedung einer entsprechenden Resolution an. Mit deren Vorbereitung wurde der Auswärtige Ausschuss mit der Aktivistin Anna Gopko aus Lwow an der Spitze beauftragt, die Polen bereits „Politisierung der Geschichte“, „Verletzung von roten Linien“ und „chauvinistisches Diktat der Politik gegenüber der politischen Wahrheit“ vorgeworfen hat.

Der Wortlaut des Dokuments wurde noch nicht veröffentlicht, aber es ist ohnehin offensichtlich, dass es mit den jüngsten Erklärungen von Präsident Petro Poroschenko und Außenminister Pawel Klimkin übereinstimmen wird. Die beiden empörten sich vor allem über die Formulierungen des polnischen Gesetzes, in dem unter anderem von „Verbrechen ukrainischer Nationalisten“ die Rede ist.

Es bestehen keine Zweifel, dass die ukrainischen Abgeordneten nicht nur zur „gemeinsamen Erforschung der Geschichte“ aufrufen, sondern auch mit radikaleren Erklärungen im echten „Bandera-Stil“ auftreten werden. So schlug der Abgeordnete Igor Popow von der Radikalen-Partei, der gleichzeitig ständiges Mitglied der ukrainischen Delegation bei der OSZE-Parlamentsversammlung ist, vor, alle Besitzer der so genannten „Polen-Karten“ in ein spezielles Register einzutragen, wobei für diese Menschen die Möglichkeiten, staatliche Ämter zu bekleiden, unter Umständen eingeschränkt werden könnten.

Außerdem sollte ihm zufolge polnischen Beamten und Historikern der Zugang zu ukrainischen Archiven verweigert werden. Dabei sorgt sich der Abgeordnete weniger darum, dass die Polen neue Informationen über die Verbrechen der ukrainischen Nationalisten während des Zweiten Weltkrieges entdecken, sondern vielmehr darum, dass sie Dokumente

„über Eigentumsrechte auf Grundstücke und Immobilien in den ukrainischen Gebieten, die früher zu Polen gehörten“, finden. Mit anderen Worten fürchtet der Parlamentarier, dass Warschau Restitutionsansprüche erheben könnte.

In Kiew gab man bereits zu verstehen, wie weitere Schritte aussehen könnten – nämlich eine weitere Verschärfung der Normen im humanitären und sprachlichen Bereich. Vizepremier Wjatscheslaw Kirilenko kündigte eine neue, „vertiefte“ Fassung des Gesetzes über die Staatssprache an, der zufolge in der Ukraine Russisch überhaupt als illegal erklärt werden könnte. Dadurch könnte der radikalste Teil der Anhänger des „Euro-Maidans“, der sich von Polens Vorgehen besonders beleidigt fühlt, abgelenkt werden.

Und natürlich wird es viele Gesten ausschließlich für das ukrainische Publikum geben: So werden massenweise schwarz-rote „Bandera“-Flaggen ausgehängt, während seine nazistischen Ideen in der Gesellschaft kultiviert werden, etwa durch die Veranstaltung von entsprechenden Festspielen, Lesungen usw. (die nächste Veranstaltung dieser Art findet in wenigen Tagen in Kiew statt). Die Stadtverwaltungen von Lwow und Ternopol, wo der Bandera-Kult besonders verbreitet ist, haben bereits den Zeitplan für die Aushängung von schwarz-roten Flaggen festgelegt. In diesem Jahr wird dies mindestens 13 Mal geschehen: an staatlichen und regionalen Feiertagen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31941/34/319413417.jpg>

ukrinform.ua: Werchowna Rada verurteilt polnisches Gesetz über „Verbrechen der ukrainischen Nationalisten“.

Die Werchowna Rada der Ukraine hat in einer Erklärung das polnische Gesetz gegen die Leugnung „der Verbrechen der ukrainischen Nationalisten“ verurteilt.

Für die Erklärung stimmten 242 Abgeordnete des ukrainischen Parlaments von 226 notwendigen. Die vom polnischen Parlament beschlossenen Änderungen „entsprechen nicht dem Inhalt und Geist der strategischen Partnerschaft zwischen der Ukraine und Polen sowie den Prinzipien, die unter anderem in der Deklaration für Erinnerung und Solidarität vom 20. Oktober 2016 vereinbart wurden“, heißt es. In dieser Deklaration hätten die Parlamente beider Länder auf „Eindämmung der Kräfte, die zu Konfrontationen in unseren Ländern führen“ und auf Intensivierung der unvoreingenommenen historischen Forschungen geeinigt.

Die Werchowna Rada rief Polen zur Offenheit und Konstruktivität bei der weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf. „Wir rufen den Präsidenten der Republik Polen auf, von seinen verfassungsrechtlichen Befugnissen Gebrauch zu machen und gemeinsam mit dem Sejm und Senat der Republik Polen Ausgewogenheit, Rationalität und Wohlwollen in die ukrainisch-polnischen Beziehungen zurück zu bringen“.

Das ukrainische Parlament betonte in der Erklärung, dass die „Verbrechen der ukrainischen Nationalisten“ im polnischen Gesetz voreingenommen und nicht historisch definiert seien,

was „den Weg für Manipulationen und die Stärkung der antiukrainischen Tendenzen in der polnischen Gesellschaft öffnet“. Der offene Dialog, Meinungsaustausch und akademische Forschung seien ins Visier der Strafverfolgung geraten. Die Wahrheit über die wahren Ursachen des Blutvergießens, die nicht aus dem Kontext gerissen wurden, zwischen unseren Völkern während des Zweiten Weltkrieges und in den anderen Perioden der Geschichte solle bewahrt und an nächste Generationen weitergegeben werden. Das Schüren von Konflikten zwischen dem ukrainischen und polnischen Volk sei im Interesse der gemeinsamen Feinde beider Länder, „des Naziregimes und kommunistischen Regimes“ in der Vergangenheit und „des russischen Aggressors und Besatzers heute“.

Das polnische Parlament hatte die Änderungen zum Gesetz über das Institut für Nationales Gedenken Polens verabschiedet. Das Gesetz stellt die Leugnung „der Verbrechen der ukrainischen Nationalisten“ während des Zweiten Weltkrieges unter Strafe.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die **Situation** im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **hat sich verschärft**, bleibt aber kontrollierbar, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **dreimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Beschossen wurden die Gebiete der Ortschaften **Logwinowo und Kalinowo**. Dabei haben die ukrainischen Truppen in Verletzung der Minsker Vereinbarungen Artilleriegeschütze des Kalibers 122mm, Mörser der Kaliber 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art, Abwehrgeschütze und großkalibrige Maschinengewehre eingesetzt.

Insgesamt wurden 85 Geschosse auf das Gebiet der Republik abgefeuert.

Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und nationalistische Bataillone verminen weiter das von ihnen kontrollierte Territorium. Bei der Verminung werden Antipersonenminen verwendet, was davon zeugt, dass die Ukraine ihre Verpflichtungen als Unterzeichnerstaat des Vertrags über das Verbot von Personenminen von 1997 nicht erfüllt.

Dabei werden Minen auf landwirtschaftlichen Flächen und an Straßen entlang ohne entsprechende Warnzeichen installiert. Meistens werden keine Karten von Minenfeldern erstellt. Diese Risiken sind vor allem für die Menschen, die in den Städten und Ortschaften entlang der Kontaktlinie leben, sehr hoch sowie für Bürger, die täglich die Kontaktlinie überschreiten.

Die sorgfältige Verminung aller Felder in der Nähe ihrer Positionen durch die Kiewer Truppen führt dazu, dass es nicht möglich ist, dort landwirtschaftliche Arbeiten durchzuführen.

Auch die Todes- und Verletzungsfälle von örtlichen Einwohnern auf von den ukrainischen Truppen installierten Minen in Wohngebieten und Waldstücken nehmen zu.

Am 2. Februar gerieten zwei zivile Einwohner in einem Waldgebiet bei Nowoalexandrowka im Popasnaja-Bezirk auf eine Mine. Ein 52jähriger Mann und eine 58jährige Frau wurden verletzt. Sie erlitten Verletzungen an Kopf, Rücken und Beinen und sind nun im Bezirkskrankenhaus. Ihr Zustand wird von den Ärzten als mittelmäßig eingeschätzt.

Mit jedem Tag wächst die Zahl der Einwohner, die durch Minengefahren bedroht sind. Nach Angaben der OSZE starben 2017 im Donbass 59 zivile Einwohner durch Minen.

Wegen der mangelhaften medizinischen Versorgung in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone wächst die Zahl der Erkrankungen des Personals, was ihre Kampffähigkeit erheblich senkt.

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ führt Maßnahmen durch, die auf die Lokalisierung von Erkrankungsherden für Tuberkulose unter den Soldaten der Einheiten des 2. Bataillons der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte gerichtet sind.

Im Ergebnis medizinischer Untersuchungen des Personals in medizinischen Einrichtungen von Sewerodonezk und Stschastje vom 15. bis 25. Januar wurden zehn Soldaten mit der

Diagnose „offene Form von Tuberkulose“ entdeckt.

Die Soldaten des Bataillons sind systematisch in Kontakt mit Einwohnern von Nishneteploje im „Lugansker Oblast“, was die Ursache für eine Zunahme der Zahl von Tuberkuloseerkrankten unter den Einwohnern der Ortschaft sein kann.

de.sputniknews.com: Kernwaffe vermisst: Bombe aus Kaltem Krieg vor US-Küste womöglich noch scharf.

Der Flug eines strategischen Bombers der US-Luftwaffe vor 60 Jahren raubt manch einem Amerikaner heute noch den Schlaf. Denn um nach einem Vorfall in der Luft sicher zu landen, musste dieser Bomber seine tödliche Fracht loswerden. Seitdem liegt vor der US-Ostküste irgendwo eine Atombombe – und niemand weiß genau, ob sie nicht doch noch hochgeht. Ein B-47-Bomber befand sich am 5. Februar 1958 auf einem Übungsflug im Auftrag des US Strategic Command. Der Kalte Krieg drohte ein heißer zu werden, die US-Luftwaffe probte täglich den Ernstfall.

Gestartet war die B-47 auf der Homestead Air Base in Florida, wie die Onlinezeitung „Gazeta.ru“ berichtet. Und damit die Besatzung der Maschine unter möglichst realitätsnahen Bedingungen üben konnte, war das Flugzeug mit einer echten Kernwaffe bestückt, einer dreieinhalb Tonnen schweren Wasserstoffbombe vom Typ Mark 15.

Auf dem Rückflug zur Heimbasis, circa um zwei Uhr morgens, erschütterte ein Schlag die Maschine: „Wir spürten einen starken Stoß und sahen ein Aufflammen am rechten Flügel. Was das war, wussten wir nicht. Aber es konnte sich nur um ein anderes Flugzeug handeln“, erinnert sich der Pilot Howard Richardson laut der Zeitung.

Tatsächlich war die rechte Tragfläche des Bombers beschädigt, das äußerste Triebwerk hing in einem Winkel von 45 Grad vom Flügel herab, das Flugzeug sank. In einer Höhe von rund sieben Kilometern gelang es dem Piloten, die Maschine aufzufangen – die Crew bereitete sich auf die Notlandung vor.

„Meine wichtigste Aufgabe war die Sicherheit meiner Männer. Dafür musste ich sorgen“, sagt der Pilot laut der Zeitung. Doch mit einer Wasserstoffbombe an Bord wäre bei der Notlandung nicht nur die Besatzung, sondern die gesamte Region gefährdet gewesen. Richardson entschloss sich, die H-Bombe vorher abzuwerfen: „Von der taktischen Doktrin des Strategic Command her war ich dazu berechtigt“, so der Pilot.

Die Wasserstoffbombe flog ins Meer unweit Tybee Island in Georgia, USA. Danach landete die B-47 erfolgreich auf dem Hunter Army Airfield: „Wir hatten einen Zwischenfall, und ich habe das Flugzeug sicher gelandet. Dafür bin ich mit einem Verdienstorden ausgezeichnet worden“, so Richardson.

Die Panne verursacht hatte übrigens tatsächlich ein anderes Flugzeug: Eine F-86 war mit dem Bomber zusammengestoßen und abgestürzt. Der Pilot konnte sich jedoch mit dem Schleudersitz retten.

Den Abwurfort der Wasserstoffbombe hatte die Crew natürlich markiert. Und die Suche nach der Kernwaffe wurde auch sogleich aufgenommen. Ganze zwei Monate dauerte die Suchaktion. Sie blieb jedoch ohne Ergebnis, wie die Zeitung schreibt. Seitdem geht man davon aus, dass die Bombe in der seichten Wassow-Bucht ins Meer gefallen ist und sich ein- bis viereinhalb Meter tief in den Meeresgrund eingegraben hat. Unklar bleibt auch, ob und wie gefährlich die Bombe heute noch ist.

Die Gefahr einer Explosion sei nicht gegeben, versichert der Pilot. In der Bombe fehle der Plutonium-Zünder, der die Kernspaltung auslösen könnte. Die Maschine habe schließlich einen Übungs-, keinen Patrouillenflug absolviert. In einer 1966 freigegebenen Geheimakte des Pentagons heißt es jedoch laut der Zeitung: die verlorene Bombe sei „eine einsatzbereite Waffe, eine Bombe mit atomarer Kapsel“ gewesen.

Und das schürt Ängste, auch wenn die Suche nach der Bombe längst eingestellt ist.

Schließlich würde bei einer Explosion ein Großteil der US-Küste vernichtet werden. Und es

kann auch niemand ausschließen, dass Terroristen sich dieser Waffe bemächtigen, schreibt die Zeitung.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31941/38/319413801.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Die Lage in der Donezker Volksrepublik bleibt angespannt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt.

Auf die Gebiete von **Dokutschajewsk, Alexandrowka und das Gebiet des Flughafens** hat der Gegner 29 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert. In Folge von Beschuss wurde ein Haus in Dokutschajewsk beschädigt.

In **Richtung Gorlowka** wurde das Gebiet von **Werchnetorezkoje** mit Mörsern des Kalibers 82mm und verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Mariupol** wurden die Gebiete von **Kominternowo und Dsershinskoje** beschossen. Der Gegner verwendete Mörser der Kaliber 120mm und 82mm und feuerte zehn Mörsergeschosse ab. Außerdem wurden von den ukrainischen Truppen verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **neun Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Die militärisch-politische Führung der Ukraine will weiterhin keinen Frieden im Donbass und versucht mit allen Kräften, mit Unterstützung ihrer westlichen Kuratoren, den Konflikt auf militärischem Weg zu lösen.

Das Kommando der „ATO“ hat einen Erlass über ein Verbot der Gewährung von Urlaub und Entlassungen von Soldaten herausgegeben, was einige Unzufriedenheit und offenen Ungehorsam gegenüber Befehlen hervorgerufen hat.

Eine Bestätigung dafür, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte eine Verstärkung seiner Gruppierungen durch schwere Waffen verheimlicht, ist der Versuch von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, eine OSZE-Drohne an einem Lagerort für abgezogene Waffen abzuschießen, um das Fehlen von verbotenen Waffen zu verheimlichen, worüber im offiziellen Bericht der OSZE-Mission für den 5. Februar berichtet wird.

de.sputniknews.com: Gutes Verhältnis zu Russland? Was Litauer davon halten – Umfrage: Über die Hälfte der litauischen Bürger unterstützt die Idee der Wiederaufnahme politischer Kontakte zu Russland. Dies geht aus den Ergebnissen einer Umfrage des Forschungsunternehmens RAIT hervor.

Zuvor erklärte der litauische Premierminister, Saulius Skvernelis, dass es nötig sei, die Arbeit der bilateralen Regierungskommission wieder aufzunehmen. Ihm zufolge kann der Dialog zwischen den beiden Ländern die unterschiedlichsten Bereiche umfassen, darunter Handel, Energiewirtschaft, Verkehrswesen, Landwirtschaft und Logistik, aber ebenso das Problem der Litauisch-Lehrer im Gebiet Kaliningrad. Die Präsidentin der baltischen Republik, Dalia Grybauskaitė, bezeichnete den Vorschlag des Premierministers als zweck- und verantwortungslos.

„Im Rahmen der Umfrage haben 52 Prozent der Einwohner die Idee der Wiederherstellung der politischen Beziehungen zu Russland unterstützt, 26 Prozent waren damit nicht einverstanden, 22 Prozent hatten keine Meinung dazu“, dies folgt aus den Daten der Umfrage, die von der baltischen Nachrichtenagentur BNS veröffentlicht wurden.

Wie betont wird, hätten die Idee der Wiederherstellung der politischen Kontakte vor allem pensionierte Bürger sowie Bürger mit einem Durchschnittseinkommen unterstützt, nicht zugestimmt hätten dagegen Bürger mit Hochschulbildung und einem hohen Einkommen. Die Umfrage wurde vom 13. bis zum 29. Januar vom Forschungsunternehmen RAIT im Auftrag der Nachrichtenagentur BNS durchgeführt. Daran hatten sich 1053 Menschen im Alter von 15 bis 74 Jahren beteiligt.

Die Ungenauigkeit der Ergebnisse kann bis 3,1 Prozent betragen.

Dan-news.info: „Absolut vorhersagbar ist das Vorgehen der ukrainischen Parlamentarier, das von einem vollständigen Fehlen von gesundem Denken und irgendwelcher Professionalität zeugt. Dieser Gesetzesakt entspricht auch weder der Verfassung der Ukraine noch internationalen normativ-rechtlichen Dokumenten und Konventionen“, erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen, der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin zu der Ablehnung eines Antrags des „Oppositionsblocks“ in der Obersten Rada der Ukraine, das Gesetz über die „Reintegration“ des Donbass aufzuheben. Er fügte hinzu, dass die Vertreter der DVR ihrerseits weiterhin ihre internationalen Verpflichtungen erfüllen und an der Implementierung der Minsker Vereinbarungen, die durch einen UN-Sicherheitsratsbeschluss gebilligt wurden, arbeiten.

de.sputniknews.com: Iskander-Raketen bei Kaliningrad: Kreml beschwichtigt – „Kein Anlass zur Sorge“,

ussland ist völlig dazu berechtigt, überall auf eigenem Territorium Waffen zu stationieren. So hat Kremlsprecher Dmitri Peskow das Eintreffen von Iskander-Raketenkomplexen im Gebiet Kaliningrad kommentiert.

„Russland hat nie jemanden bedroht und tut das auch jetzt nicht. Natürlich hat Russland das souveräne Recht dazu, deshalb könnte das für jemanden kaum ein Anlass zur Sorge sein“, sagte Peskow am Dienstag.

Am Montag hatte der litauische Verteidigungsminister Raimundas Karoblis die Stationierung von Iskander-Raketen durch Russland in der Nähe von Kalinigrad bekanntgegeben. Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaite sprach ihrerseits von einer Gefahr „nicht nur für Litauen, sondern für die Hälfte aller europäischen Staaten“.

Zuvor hatte der Leiter des Verteidigungsausschusses der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), Wladimir Schamanow, bestätigt, dass Russland Iskander-Raketen in der Nähe von Kaliningrad stationiert habe.

Die Iskander ist eine taktische ballistische Boden-Boden-Rakete und gehört zur Klasse der Kurzstreckenraketen. Das Iskander-Raketensystem wird von der russischen Armee seit 2006 eingesetzt. Das System ist mobil und manövrierbar und schon innerhalb von 20 Minuten einsatzbereit.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31726/48/317264846.jpg>

ukrinform.ua: Ukraine will in PACE, Nato und OSZE Rechtswidrigkeit der „Wahl von Putin“ auf der Krim erklären.

Die ukrainische Delegation bei der April-Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates werde die Frage über die Illegitimität der Wahlen des Präsidenten der Russischen Föderation auf der besetzten Halbinsel Krim aufwerfen, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der Werchowna Rada der Ukraine, Iryna Geraschtschenko, in einem Interview mit der Parlamentszeitung „Stimme der Ukraine“ (golos.com.ua).

„Eine ernste Herausforderung für die Ukraine ist die Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation, im Grunde genommen - die Wahl des Präsidenten Putin. Russland will diese Wahl auf der Krim provokativ durchführen...“, sagte Geraschtschenko.

Ihrer Meinung nach sollte die Frage über die Unrechtmäßigkeit der Wahlen des Präsidenten der Russischen Föderation auf der besetzten Krim eine der Schlüsselfragen sein, die von der ukrainischen parlamentarischen Delegation auf allen Ebenen aufgerollt werden muss.

„Und wir werden darüber in PACE in der April-Sitzung und bei Parlamentarischen Versammlungen der Nato und der OSZE reden. Dies ist eine Frage, die sehr ernste Akzente für die Erregung der Aufmerksamkeit für die Besetzung der Autonomen Republik Krim, die bereits das vierte Jahr anhält, erfordert“, sagte Geraschtschenko.

de.sputniknews.com: Unbemerkt, aber Spitze: Topleistungen russischer Forscher

Die heutigen russischen Forscher machen genug wichtige Entdeckungen, doch die Mehrheit der Bevölkerung weiß kaum davon. Warum?

72 Prozent der Russen wissen keine Antwort, wenn es darum geht, bedeutende wissenschaftliche Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zu nennen – egal, ob aus dem In- oder dem Ausland. Dies ergab zumindest die jüngste Umfrage des russischen Meinungsforschungszentrums WZIOM.

In Wirklichkeit gibt es aber genug nennenswerte Leistungen, darunter auch in Russland.

Fachleute, die von der Online-Zeitung vz.ru befragt wurden, führten einige Beispiele an. So sagte Wladimir Fortow, Ex-Präsident der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAW): „Forscher des Vereinigten Instituts für Hochtemperaturen und des Instituts für Probleme der Chemischen Physik haben vor drei Jahren jenen Plasma-Phasenübergang entdeckt, der zuvor von Landau, Wigner, Seldowitsch, Abrikossow und weiteren vorhergesagt worden war. Das ist ein neuer Effekt, der nun in verschiedenen Laboren der Welt bestätigt wird.“

Wie Fortow erläuterte, ist diese Entdeckung insbesondere für die Erforschung von Riesenplaneten des Sonnensystems sowie von Exoplaneten wichtig.

Dmitri Wibe, Abteilungschef am Astronomie-Institut der RAW, sagte: „Die Astronomie ist eine internationale Wissenschaft. Es ist derzeit schwer, ausgesprochen nationale Entdeckungen in ihr zu finden. Wenn aber von Entdeckungen die Rede ist, die unter wesentlicher Mitwirkung russischer Forscher, aber auch unter Anwendung russischer Ausrüstungen und theoretischer Erkenntnisse gemacht wurden, so ist hier die Entdeckung in Bezug auf die Gravitationswellen zu erwähnen.“ Im Februar 2016 hatten Forscher der LIGO-Kollaboration über die erste direkte Messung solcher Wellen berichtet.

Auch außerhalb der exakten Wissenschaften werden spektakuläre Entdeckungen gemacht. Eine davon hängt mit dem „Igorlied“ zusammen, einem mittelalterlichen Epos der Rus. Der Historiker Juri Piwowarow, Mitglied der RAW, sagte: „Als das ‚Igorlied‘ Ende des 18. Jahrhunderts entdeckt worden war, kam man sofort auf den Gedanken, dass es sich um eine Fälschung handelt (...) Das Original soll 1812 beim großen Brand von Moskau verbrannt sein.

Im 20. Jahrhundert schrieb der hervorragende russische Historiker Simin ein Buch, wonach es eben um eine Fälschung gehe (...) Doch dann wurde die Authentizität des ‚Liedes‘ von dem RAW-Mitglied Andrej Salisnjak und dem renommierten Archäologen, ebenfalls RAW-Mitglied, Walentin Janin, nachgewiesen. Dabei tat Salisnjak dies als Philologe von Weltruf. Das zeugt davon, dass die Kultur der Alten Rus sehr reif gewesen ist. Das ist nicht bloß eine international bedeutsame Entdeckung, die Mitte der 2000er Jahre gemacht wurde. Das ist ein Anlass für eine Revision geschichtlicher Ansichten.“

Warum weiß das Publikum dann so wenig Bescheid? Die Duma-Abgeordnete Aljona Arschinowa, Mitglied des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft, kommentierte für vz.ru, man brauche ein besonderes Können, um wissenschaftliche Studien zu präsentieren, aber trotzdem seien diese kaum in der Lage, mit ‚Hot News‘ zu konkurrieren. Der Anteil der Information aus dem Forschungsbereich sei überhaupt äußerst gering.

Der russische Kernphysiker und Professor Igor Ostrezow bietet noch eine Erklärung an: „Im Bereich der Physik-Technologien wird es keine Entdeckungen mehr geben, denn die vier Typen der fundamentalen Wechselwirkungen sind schon bekannt. Alles Neue, was kommt, ist nichts mehr als eine Folge dieser Dinge (...) Zwar gibt es natürlich Leistungen bei der Vervollkommenung alter Entdeckungen, doch dies ändert grundsätzlich nichts.“



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31941/75/319417584.jpg>

ukrinform.ua: 930 Masernfälle in der letzten Woche, eine Frau gestorben.

In der fünften Woche des Jahres 2018 sind in der Ukraine 930 Menschen an Masern erkrankt.

Eine 25-jährige Frau ist im Oblast Iwano-Frankiwsk wegen Komplikationen gestorben.

Das gab Leiter des „Zentrums für öffentliche Gesundheit des Gesundheitsministeriums der Ukraine“ Wolodymyr Kurpita vor der Presse bekannt.

Insgesamt habe es seit Anfang 2018 3354 Masernfälle gegeben.

Laut Kurpita sind die Regionen Iwano-Frankiwnsk – 804 Masernfälle, Odessa – 640, Transkarpatien – 549, Tscherniwzi – 444 und Lwiw 242 Masernfälle am meisten betroffen.